

DIE NOT WIRD IMMER GRÖßER

Es geht nicht gerecht zu in Deutschland. Immer mehr Menschen empfinden das so. Und sie haben Recht. Eine vorwärts-Reportage über die Folgen falscher Politik, die Sorgen klammern Kommunen, **Armut in einem reichen Land** und über Menschen, die anpacken und helfen.

Von Susanne Dohrn; Fotografie Dirk Bleicker



Wieder eine Fuhre Lebensmittel zum Verteilen: die Ehrenamtlichen der Hamburger Tafel Günter Peper, Christoph Fritzmeier, Susi Dassler und Otto Kühl (v.l.)

Das hatte Annemarie Dose nicht erwartet. Als sie 1994 die Hamburger Tafel gründete, dachte sie an Obdachlose. Etwas zu Essen, warme Kleidung, Schlafsäcke, damit wollte sie helfen, dafür knüpfte sie Kontakte, dafür begann sie zu werben: bei ihrem Bäcker um das Brot von gestern, bei Hotels und Supermärkten um nicht verbrauchte Lebensmittel, bei Kaufhäusern um unverkaufte Ware. Doch statt der Obdachlosen sind die Empfänger Familien. „Damit die mit ihrem wenigen Geld besser zurecht kommen,“ sagt Annemarie Dose (82). Heute verteilen die gut 100 Ehrenamtlichen der Hamburger Tafel allein 80 Ton-

**WER
RETTET
DEN
SOZIALEN
STAAT?**

nen Lebensmittel an soziale Einrichtungen – jeden Monat. Dazu Kleidung, Decken, sowie Geschirr und Spielzeug.

Weniger Geld für viele, mehr Geld für wenige

Es ist etwas passiert in Deutschland, und Annemarie Dose hat es hautnah miterlebt: Immer mehr Menschen sind arm – weil sie keine Arbeit finden oder mit ihrer Arbeit nicht genug verdienen, um davon sich selbst und ihre Familie zu ernähren. Das zeigt auch ein Blick in die Statistik. Von Armut bedroht ist, so hat es die OECD festgelegt, wer mit weniger als 60 Prozent des Durchschnittsnettoeinkommens aus-

kommen muss – in Deutschland 764 Euro für eine allein lebende Person, 1376 Euro für ein Paar ohne Kinder, 1835 für ein Paar mit zwei Kindern. So hat es der Paritätische Gesamtverband für das Jahr 2007 errechnet. Wohnung, Essen, Kleider, Telefon, Fahrkarten, Schulbücher, alles muss davon bezahlt werden. Kein Wunder, dass bei der Hamburger Tafel die Nachfrage ständig steigt. In anderen Städten ist es ähnlich. Mehr als 800 lokale Tafeln gibt es mittlerweile.

Während es einem Teil der Menschen in Deutschland besser geht – solchen mit guter Ausbildung, gefragten Berufen oder Vermögen – rutscht der untere Teil ab.

Die Inflation frisst ihre Lohnsteigerungen mehr als auf, sofern es höhere Löhne überhaupt gibt. Unternehmen kündigen Mitarbeitern, um sie als Leiharbeiter für weniger Geld neu zu beschäftigen. Wenn sie einstellen, dann viel zu oft zu Hungerlöhnen. So stieg das Armutsrisiko – von 13 Prozent zu Beginn der 90er Jahre auf 18 Prozent 2005. Zwar brachte der Wirtschaftsaufschwung 2006 einen Rückgang auf 16,5 Prozent. Eine Million Menschen waren der Armut entronnen. Von Dauer wird diese Entwicklung nicht sein: „Die sich abzeichnende konjunkturelle Abschwächung dürfte die Entwicklung der realen verfügbaren Einkommen wieder dämpfen,“ so das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung.

Arme Kinder, arme Zukunft

„Mittlerweile gelten mehr als 2,4 Millionen Kinder in unserem reichen Land als arm“, konstatiert der Bundesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Wolfgang Stadler. Das entspricht mehr als 17 Prozent aller unter 18-Jährigen. Hinzu kommen weitere 1,5 Millionen Kinder, deren Eltern zu Dumpinglöhnen arbeiten. In all diesen Familien reicht das Geld gerade mal für das Nötigste. Schon Schulausflüge können viele Eltern nicht bezahlen. Urlaubsreisen, Sportverein, Musikunterricht – Fehlanzeige. Die Haushaltskasse reicht nur für ein Schmalpurleben.

Doch statt die Kinder armer Eltern mehr zu unterstützen als die Kinder reicher Eltern, ist es beim Kindergeld umgekehrt: Wer viel verdient bekommt am meisten, weil er den Kinderfreibetrag geltend machen kann. Wer langzeitarbeitslos ist geht leer aus. „Die Anrechnung des Kindergeldes auf das Arbeitslosengeld II ist ungerecht“, kritisiert AWO-Chef Wolfgang Stadler. „Es verstärkt die Kluft zwischen Arm und Reich nur noch mehr.“ Aus diesem Grund fordert das „Bündnis Kindergrundsicherung“, an dem auch die AWO beteiligt ist, 502 Euro für jedes Kind – zusammengesetzt aus 322 Euro vom Bundesverfassungsgericht festgestelltem Existenzminimum plus 180 Euro für Betreuung, Erziehung und Ausbildung – für alle Kinder. Das Geld soll versteuert werden, so dass die Zuwendung mit steigendem Einkommen abschmilzt. Wer wenig verdient bekäme mehr, wer viel verdient weniger Kindergeld.

Womit wir mitten in einer heißen Debatte stecken: Mehr Kindergeld, das komme bei den Kindern armer Eltern gar nicht an, lautet der Vorwurf. „Lieber kostenloses Schulessen als 20 Euro mehr Kindergeld. Lieber kostenlose Kitas als 50 Euro mehr Hartz IV“, forderte der Bürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky (SPD), kürzlich in „Bild“. Ein Argument, das Ulrich Schneider vom Paritätischen Wohlfahrtsverband nicht nachvollziehen kann. „Ein Schulbesuch



ersetzt keinen Wintermantel und ein Wintermantel keinen Schulbesuch.“ Seine Erfahrung ist, dass Eltern immer erst bei sich sparen, bevor sie bei den Kindern sparen. Ulrich Schneider: „Das gilt auch für Eltern im Hartz IV-Bezug.“

Doch sparen will gelernt sein. Ein junger Mann, nackter Oberkörper, Tattoos auf

Tafel-Gründerin Annemarie Dose (82): „Wir sagen, schenk' uns Deine Ware, wenn Du sie überhast.“

Arm und Brust, das Töchterchen auf dem Arm: Das Plakat wirbt für Kochkurse der Hamburger Tafel. Der Slogan: „Einfach. Günstig. Lecker.“ Das Ziel: Mahlzeiten kochen zu lernen, die für vier Personen nicht mehr als fünf Euro kosten. Die Kurse finden unter fachkundiger Anleitung statt, dann wird gemeinsam gegessen, und am Ende gibt's die gleichen Zutaten noch mal für zu Hause. „Funktioniert fabelhaft“, sagt Annemarie Dose. Elf Kurse laufen in Hamburg derzeit parallel, das dazu gehörige Kochbuch wurde 16 000 Mal verkauft.

Klamme Kommunen, verdrossene Bürger

Auch in Mülheim gibt es seit dem Jahr 2000 eine Tafel. Dagmar Mühlenfeld, seit

ANZEIGE

Lesen, was gesund macht.

APOTHEKEN Umschau
BEFÄHLT SICH IHRER ANGEHÖRIGEN

Weitere Themen:

- ▶ **Heiserkeit:** Wertvolle Tipps für den richtigen Umgang mit Ihrer Stimme
- ▶ **Alzheimer:** So gestalten Sie das Zusammenleben mit Erkrankten
- ▶ **Schmerzen im Unterbauch:** Was Frauen wirklich hilft
- ▶ **Medikamente für Kinder:** Das sollten Sie unbedingt beachten
- ▶ **Melisse:** Sanfte Hilfe bei vielen nervös bedingten Beschwerden

Schutz und Pflege für eine **gesunde Haut**

Alle 14 Tage NEU: In Ihrer Apotheke.

Flussmittel: Wirksame Hilfe gegen den Muskelschmerz

Vermeidung: So bringen Sie die Verdauung auf Trab

Wörter: Was Großmutterns Hausmittel wirklich leisten

www.apotheken-umschau.de

2003 Oberbürgermeisterin der Stadt an der Ruhr, sieht es mit ambivalenten Gefühlen, wenn private Wohltätigkeit staatliche Aufgaben ersetzen muss. „Als Sozialdemokratin kann ich der Aushöhlung des Sozialstaates nicht weiter zuschauen“, sagt sie. Genau das passiert jedoch derzeit in den Städten und Gemeinden im ganzen Land. Ob Wuppertal oder Eisenach, Schwerin oder Ludwigshafen, Mülheim oder Köln: Wegen der Wirtschaftskrise brechen die Steuereinnahmen der Kommunen ein, die Steuersenkungen der Bundesregierung verschlimmern die Lage zusätzlich. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund erwartet bis 2013 ein jährliches Minus von 12 Milliarden Euro wegen sinkender Steuereinnahmen und steigender Sozialausgaben.

Auf 540 Millionen Euro prognostiziert der Kölner Oberbürgermeister Jürgen Roters (SPD) das Defizit seiner Stadt für dieses Jahr, bei einem Gesamthaushalt von 3,1 Milliarden. Allein die von der schwarz-gelben Regierung beschlossene Senkung der Mehrwertsteuer auf Übernachtungen kostet die Stadt Köln 20 Millionen. Bei der Einkommenssteuer beschert das sogenannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ von Schwarz-Gelb der Stadt ein Minus von 9 Millionen. Folge der Finanzklemme: „Wir stellen alles auf den Prüfstand“, kündigt Jürgen Roters an. Genauer will er nicht sagen, noch ist man in der Abstimmung. AWO-Chef Wolfgang Stadler wird deutlicher: keine neuen Kitas, Erhöhung der Gebühren für die vorhandenen, Zusammenstreichen der Programme in der Jugendhilfe, Schließung von Angeboten im Freizeitbereich. „Ein Teufelskreis der sozialen Ausgrenzung, insbesondere für gering verdienende Familien



Kölns OB Jürgen Roters (SPD) wehrt sich: Einnahmeverluste durch die schwarz-gelbe Mehrwertsteuersenkung für Hotels sollen mit einer so genannten Bettensteuer auf den Zimmerpreis ausgeglichen werden.

WER RETTET DEN SOZIALEN STAAT?

Lebensmittelverteilung an Obdachlose neben dem Kölner Dom: Die Schlange der Bedürftigen wird immer länger.

und die Benachteiligten unserer Gesellschaft“, so Stadler. Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld bringt es auf den Punkt: „Es trifft immer die Falschen.“

In dieser Situation wird der kostenlose Kita-Besuch, wie ihn die SPD fordert, für Kommunalpolitiker zu einer harten Prüfung. Sie wissen, wie wichtig und richtig das ist, aber die Realität sieht derzeit anders aus: „Ich kann mir das aus der Sicht meiner Stadt nicht vorstellen“, sagt OB Dagmar Mühlenfeld. Städte und Gemeinden als „Orte der gesellschaftlichen Integration“, diese Vision hat SPD-Chef Sigmar Gabriel auf dem Parteitag in Dresden formuliert. Aber für diese Aufgabe brauchen die Kommunen Geld, Geld dass sie – vor dem Hintergrund des fünfprozentigen Wirtschaftseinbruchs im vergangenen Jahr – heute weniger denn je haben. Kölns OB Jürgen Roters warnt: „Der soziale Friede ist in Gefahr, wenn es uns nicht gelingt, uns durch diese schwierige Phase zu bringen.“ Das sei nur zu schaffen, wenn Bund und Land helfen.

Chancen schaffen für die Chancenlosen

Aber die Bewältigung der Krise ist nur der erste Teil eines langen Weges, bei dem es darum geht, den Sozialstaat neu zu orga-

nisieren. Reich und arm, damit verbunden chancenreich und chancenlos – in den Großstädten ist diese Spaltung der Gesellschaft schon jetzt zu besichtigen. Eine Spaltung, die sich verfestigt hat. Arme Kinder haben arme Eltern, werden arme Erwachsene.

Der Sozialstaat müsse viel mehr darüber nachdenken, wie er Perspektiven schafft für Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, fordert Ulrich Schneider vom Paritätischen Wohlfahrtsverband – und erklärt das am Beispiel der Hauptschüler: „Wir würden uns wundern, was für einen Schub es auslöste, wenn wir einem Hauptschüler versprechen könnten: Du kannst eine Ausbildung machen oder eine weiterführende Schule besuchen, wenn du einen guten Abschluss machst.“ Schneider ist überzeugt: „Unsere Gesellschaft war immer eine Leistungsgesellschaft, die von dem Versprechen lebte: Wenn Ihr Euch anstrengt, habt Ihr eine Chance. Wenn dieses Versprechen nicht eingelöst wird, bricht diese Gesellschaft zusammen.“

Aber Chancen schaffen kostet Geld. In Zeiten ohne Wachstum heißt das: Umverteilen. Annemarie Dose, die zweifellos zum wohlhabenderen Teil der Gesellschaft gehört, sieht das ebenso. Die 82-Jährige erzählt von ihrer Großmutter, die in Sachsen eine Gaststätte besaß. „Im Krieg durfte ich aus der Schule immer so viele Kinder mit nach Hause bringen, wie an ihren Stammtisch passten“, erzählt die Tafel-Gründerin. Was sie daraus gelernt hat, gilt auch heute: „Wenn Du besitzt, hast Du zu teilen.“ ■

┆ Hintergrund

vorwaerts.de/armen-staat

